

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Roden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsredaktion: Dresdner  
Roden & Comp., Nr. 1268  
Verleger: Carl Roden, Dresden  
Vertrieb: Carl Roden, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt des Erscheinens irgendeiner Nummer ist es durch oder ohne Einschickung des Originals auf Verlangen des Bestellers oder auf Nachlieferung der Beiträge.

Abonnementpreis einschließlich Porto: 60 Pf. jährlich. Einzelnummern 1 Pf. 50.

Schriftleitung: Wittenbergstr. 10. Fernsprecher Nr. 2531. Sprechstunden: Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr. Samstag: Vormittag 10 bis 12 Uhr. Sonntags: 12 bis 2 Uhr. Nachmittags: 5 bis 7 Uhr.

Einzelnen Preis: Grundpreis: die 30 mm breite Komposition 10 Pf. für 1000 Zeichen. Zusätzliche 2 Pf. für 1000 Zeichen. Familienanzahlungen: 10 Pf. für 1000 Zeichen. Zusätzliche 2 Pf. für 1000 Zeichen.

Nr. 231

Dresden, Dienstag den 2. Oktober 1928

39. Jahrg.

## Mohrenwäsche an Raeder

Was Groener sagen wird!

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Über eine Woche schon wartet man darauf, daß Herr Groener sich zu den schweren Anklagen äußern wird, die gegen den neuen Chef der Reichsmarine, Herrn Admiral Raeder, erhoben worden sind. Herr Groener hat in Aussicht gestellt, daß er nächstens die Presse informieren wird über sein Urteil über Herrn Raeders Persönlichkeit dargelegt werden.

Aber schon heute sieht man klar, wohin die Reise gehen wird, wie man sich aus der Affäre zu ziehen gedenkt.

Sogutagen als Auftakt für das kommende Dementi sind in verschiedenen Berliner Blättern veröffentlicht worden, die offensichtlich ihre Quellen in der Vonderstraße haben. Der Zweck dieser Ausstellungen ist kein anderer, als den Tatbestand jetzt schon so zurecht zu rücken, damit er bei Groeners Pressekonferenz hübsch dementiergerecht vorliegt. Man kennt diese Technik der Reichswehrdementis aus jüngerer Zeit. Tragisch war es, wie bei den Enthüllungen über die Zusammenarbeit mit den Kutschverbänden in Berlin in dem berühmten Fall des Sportverbandes Olympia die ganze Öffentlichkeit hereinkam auf diese Methode. Herr Klitz inoffiziell der als Stellvertreter Reichsminister damals wegen „Dementi“ auf der Tribüne des Reichstages verlor.

Sie soll diesmal der Tatbestand freier werden? In der V. S. am Mittwoch war vor einigen Tagen zu lesen: es wurde geprüft, ob Herr Raeder wirklich jemals der Republik die schuldige Achtung nicht erweisen habe. Steht diese Frage wirklich zur Diskussion? Es handelt sich nicht darum, daß Herr Raeder die schuldige Achtung gegenüber der Republik nicht immer aufgebracht habe, sondern darum, daß Herr Raeder die Marinestation Ostsee in Kiel der Herr von Bismarck und O. C. und Herr Raeder als Chef der Station immerhin ihre Schutzpatron gewesen ist.

Inzwischen ist Herr Raeder auch von anderer Seite kritisiert worden. Der Kieler Professor Baumgarten hat in einer Zuschrift an die Frankfurter Zeitung sich für die republikanische Zuverlässigkeit des neuen Marinechefs persönlich verbürgert. Ohne der Person des Prof. Baumgarten, der als Republikaner und Demokrat bekannt ist, zu nahe treten zu wollen, sei doch blickt an die Erfahrungen erinnert, die auf diesem Gebiet mit Herrn Gehler gemacht worden sind. Wie viele Demokraten haben nicht für diesen Mann, dessen verhängnisvolle Rolle an der Spitze der Reichswehr bereits geschichtsnotorisch genannt werden darf, die Hand ins Feuer gelegt. Es dürfte doch wohl etwas mehr Vorsicht geboten sein. Aber auch im einzelnen muß gegen das, was Herr Prof. Baumgarten zur Verteidigung Raeders ausführt, sehr viel Zweifel erhoben werden.

Prof. Baumgarten glaubt darauf hinweisen zu können, daß in dem Raeder unterstellten Offizierkorps „eine spürbare Einschüchterung in die Republik im Fortschreiten begriffen war“.

Von andern Seiten hört man es anders. Nur ein Beispiel: Vor Jahren ist der Kapitän von Heusingen zu Waldorf von Berlin wieder nach Kiel berufen worden. So lange er in Berlin bei den Staatsberatungen zum Auftreten Gelegenheit hatte, konnte dieser Herr sich nicht schwarzrotgold genug gebärden. Seitdem er in Kiel ist, ist von seinem Republikanismus nicht die Spur mehr zu entdecken. Wir möchten Herrn Prof. Baumgarten fragen: Ist das die Wirkung der Erziehungsarbeit des Vizeadmirals Raeder auf das Offizierkorps der Marinestation Ostsee? Und die Tätigkeit des Wiking-Quartiers Rittmeisters Raeder in der Marinestation Ostsee? Herr Raeder kann sagen, was er will: Der Brief des Korvettenkapitäns Götting vom 11. März 1928, der vom Abgeordneten Weilmann der Öffentlichkeit mitgeteilt worden ist, spricht so klar und deutlich über die Zusammenarbeit der Winger mit der von Herrn Raeder kommandierten Kieler Marinestation, daß seine Fälscherung ihn reinzuwaschen vermag. Oder will er behaupten, daß es sich hier um eine Fälschung handelt? — Und die Anstellung des Leutnants Klitz als Nachfolger des Rittmeisters Raeder? Will Herr Groener am Ende auch behaupten, daß Herr Raeder nicht genügt habe, wer Leutnant a. D. z. S. Klitz ist? Will er behaupten, daß Klitz kein O.-C.-Mann, kein prominenter Winger, den jeder in der vaterländischen Bewegung aus seinen Landsniederlagen unter Hitler als hervorragenden aktiven Reichsdemokraten kennen gelernt hat? Wir möchten auch in diesem Punkte Herrn Prof. Baumgarten fragen, wie sich das mit seiner Auffassung von der republikanischen Zuverlässigkeit des Admirals Raeder zusammenreimt. Auch hier steht bereits schon fest, wie der Dreh gemacht werden soll, um Herrn Raeder aus der Affäre zu ziehen. Es wird behauptet werden, daß er nach den bestehenden grundsätzlichen Bestimmungen gehalten war, in seiner Tätigkeit als zivile Hilfskraft etwaige Beziehungen zu politischen Verbänden, gleichviel welcher Art, zu lösen. Mit dieser wunderbaren „Erklärung“ ist nämlich schon Herr Gehler gekommen. In der Tat: Für diese Aufgabe konnte ein Würdiger nicht gefunden werden. Klitz für diese Aufgabe bestimmen, hieß wahrhaftig den Tod zum Wärtner machen. Das Reichswehrministerium wird sich doch hoffentlich nicht der Auffassung hingeben, daß eine solche Begründung, der die Unwahrscheinlichkeit im Gesicht geschrieben steht, geglaubt wird. Auch die Umstände, wie Klitz dann entlassen worden ist, stützen diese Darstellung Gehlers, die wahrhaftig von Groener übernommen werden wird. Klitz ist fast ein ganzes Jahr in dieser Stellung gewesen. Als er entlassen wurde, geschah es nicht, weil seine Aufgabe erfüllt war, sondern aus Angst vor der Öffentlichkeit. Das Reichswehrministerium sah, daß man ihm auf die Schliche kam.

Dies noch einmal mit aller Deutlichkeit festzustellen, scheidet uns von Wichtigkeit, bevor Herr Groener das Wort zur Verteidigung vor der Presse ergreift.

## Der Kampf um die Gemeinde

Zur Tagung des Beirats und des Reichsausschusses für Kommunalpolitik

Von Oskar Edel, R. d. L.

Der Reichsausschuss für Kommunalpolitik hat in einer Tagung in Berlin in gemeinsamer Beratung mit dem kommunalpolitischen Beirat beim Parteivorstand Richtlinien für die Kommunalpolitik der Partei beschlossen. Programmatische Bindungen der Partei sind die beste Basis für den Großkampf in den Gemeinden Preußens und Thüringens, der noch in diesem Jahre in einer gegenüber den Wählern ungünstigeren politischen Situation ausgetragen werden muß. Dieser Wahlkampf wird schwer sein, so betonte Genosse Stellung vom Parteivorstand mit Recht — nur fürchten wir sehr, daß sich in der Praxis seine Forderung: „alles zurückstellen — besonders die Diskussion über die Bewilligung der ersten Rate zum Bau des leidigen Bangerkreuzers — um den Kampf erfolgreich durchführen zu können.“ als undurchführbar erweist. Die Erfahrung lehrt, daß eine Kommunalwahl höchstens in sehr kleinen Gemeinden durch örtliche Leistungen der Parteien entschieden wird.

In Großgemeinden ist die politische Gesamtsituation für das Vertrauen maßgebend, das eine Partei erhält. Dies zeigt die ungeheure Verantwortung, die diejenigen auf sich laden, die der Sozialdemokratie den Weg einer verantwortungslosen Koalitionspolitik weisen! Was nützt zum Beispiel die Befestigung weniger Verwaltungspositionen im Reiche, wenn sie erkauft werden muß durch die Schwächung der sozialdemokratischen Kampfkraft, so daß Hunderte wichtiger Verwaltungspositionen in den Gemeinden nach ungünstig verlaufenen Gemeindevahlen gefährdet und neue Positionen nicht errungen werden können?

Allein ein Hinweis auf die Großgemeinde Berlin zeigt, was bei den nächsten Gemeindevahlen in Preußen auf dem Spiele steht: Von 21 hauptamtlichen Magistratsmitgliedern gehören jetzt zehn der Sozialdemokratie an; ebenso zehn Bezirksbürgermeister von insgesamt 20, und 83 Bezirksstadträte von 106. Die letzten Gemeindevahlen in Preußen fanden in den meisten Orten unter so ungünstigen Umständen statt, daß hoffentlich trotz den Bemühungen der Reichspolitik diesmal ein Erfolg errungen wird. Nur glauben wir nicht, daß man die Zahlen des 2. Reichstages umkehren kann.

Wir in Sachsen können also um der Klarheit des politischen Urteils willen nur begreifen, daß nicht in unserm Lande zu erst die Probe aufs Exempel gemacht werden muß, wie gewisse Experimente der Partei bekommen, — die demselben sonst leicht die Deutung möglich wäre, daß nicht besagte Experimente, sondern die Kritik an ihnen Schuld an einer sozialistischen Niederlage sei!

Aber wie immer sich die Situation verschlechtert, muß es Pflicht der Gesamtpartei sein, mit Siegeswillen die kommenden kommunalen Großkampftage vorzubereiten. Es ist keine Phrase, daß vieles und

## Die Gewalttaten der Hysteriker

Am Sonntag ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern verschiedener politischer Richtungen gekommen. In Gesehacht bei Hamburg unternahm Rotfrontkämpfer einen wohlorganisierten Überfall auf Arbeiterkameraden, die zur Wahlpropaganda und zur Erwerbung der Gemeindevahlen nach Gesehacht gekommen waren. Ein Later und viele Verletzte blieben auf dem Platze. In Berlin hatten die Hakenkreuzler einen verfeinerten Mordanschlag des Stahlhelmtages veranstaltet. Es kam vor dem Versammlungsorte zu heftigen Zusammenstößen zwischen Rotfrontkämpfern und Hakenkreuzern, so daß die Polizei mit der Hilfe eingreifen mußte. Die Bilanz: 29 Verletzte.

Diese Vorgänge sind kein Zeichen allgemeiner politischer Erregung des Volkes, kein Ausfluß einer Verschärfung der politischen Verhältnisse. Sie spiegeln lediglich die verzweifelten Bemühungen der Extremen in den verschiedenen Parteien und der äußersten Linken wider, um ihren Preis aktiv zu werden. Dieser Wunsch ist geboren aus der Erkenntnis, daß die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland nicht zu erschüttern ist und die Ausschichten für die Extremisten damit immer kleiner werden. Sie brauchen den Lärm und die blutigen Zwischenfälle, um dahinter ihre Schwäche zu verdecken. Sie möchten Ausnahmeverhältnisse provozieren, um damit ihre Agitation neu zu beleben.

Solches Treiben ist nicht nur gefährlich für die unmittelbaren Beteiligten, die dem Lärm und dem Gummischießen der organisierten Extremen Norden ausgesetzt sind, es birgt die Gefahr in sich, daß die öffentliche Aufmerksamkeit von den Problemen abgelenkt wird, die auf dem vorliegenden geschäftlichen Wege zu lösen sind. Die Arbeiter-

schaft hat ein Interesse daran, daß nicht eine Atmosphäre des politischen Kabals und der Ausschreitungen geschaffen wird, in der die ernsthaften politischen und sozialen Fragen, die der Lösung harren, zu kurz kommen. Die in Berlin erscheinende Deutsche Zeitung, das Organ der extremen Deutschnationalen und des Stahlhelms, überschreibt ihre Berichte über die Vorgänge des Sonntags: „Sturmzeichen des Bürgerkriegs.“ O nein, es sind keine Sturmzeichen eines kommenden Bürgerkriegs — es sind nur Symptome dafür, daß Rotfrontkämpfer und Stahlhelm Arm in Arm einen Bürgerkrieg provozieren möchten, da sie an der Erreichung ihrer politischen Ziele auf normalem Wege verzweifeln. Sturmzeichen des Bürgerkriegs — das riecht verdächtig nach der Absicht, zu putzen, mit der Begründung, daß andere vielleicht putzen möchten. Stahlhelm und Rotfrontkämpfer wollen wie im Jahre 1923 Hand in Hand arbeiten.

Es ist kein Zufall, daß jetzt sowohl der Stahlhelm als auch die Kommunisten mit „Volksbegehren“ spielen, die ihre Spitze im Grunde genommen gegen die Republik und die republikanischen Parteien richten. Der Stahlhelm predigt offen den Haß gegen die Republik und ihre Vertreter. In der kommunistischen Agitation tritt die gewöhnliche radikale bluttrunkene Phrase wieder immer stärker hervor.

Diese Taktik der Extremisten von rechts und links zeigt sich jedoch nicht wie im Jahre 1923 auf der Grundlage eines zerrütteten Wirtschaftslebens und eines politisch völlig desorganisierten Volkes. Sie wird insofern keine Resonanz finden. Der Stahlhelm erklärt heute schon

daß sein Plan, die Rechtsparteien mitzureißen, scheitern wird. Es wird vielen, die bisher offen oder heimlich mit dem Stahlhelm sympathisiert haben, bei dem neuesten Vorstoß des von Herrn Eugenbergr inspirierten Stahlhelms sehr übel. Die Volkspartei denkt ernsthaft daran, einen entschiedenen Trennungstrieb gegen den Stahlhelm zu ziehen. Der Jungdeutsche Orden beröhrlicht eine Rundgebung gegen die Hakenkreuzler und das Volksbegehren des Stahlhelms, in der er sich sehr scharf gegen die monarchisch-dynastischen Bestrebungen und gegen die Einflüsse von Truppen und Konzernen und ihrer Beherrscher auf politische Parteien und Verbände erklärt.

Es ist selbstverständlich, daß dem Treiben der Extremisten nicht mit unbegrenztem Langmut zugehört werden kann. Es scheint uns jedoch abwegig, wenn das Berliner Zentrumorgan, die Germania, im Hinblick auf die letzten Vorgänge nach einer „Stärkung der Regierungsgewalt“ ruft, die es crinöglig, den Ausschreitungen der Extremen entgegenzutreten. Die Gewalt der Regierung ist groß genug zu diesem Zwecke, und auch nur das Ziel mit dem Gedanken an Ausnahmebefugnisse würde den Leuten vom Stahlhelm und vom Rotfrontkämpferbund nur in die Hände arbeiten. Zur Wiederhaltung offener gesetzlicher Ausschreitungen genügen Polizei und Strafrecht. Die geistige Überwindung ist die Aufgabe aller wahrhaften Republikaner und Demokraten. Es gilt, die Gefährlichkeit und Volksfeindlichkeit der Treiber von der äußersten Rechten und der äußersten Linken vor dem Volke aufzuzeigen und einen moralischen Bestrafungsschlag zu veranlassen. Das beste Mittel gegen das Treiben der Extremisten ist das geschlossene Bekenntnis zur Republik und Stärkung aller Organisationen, die die demokratische Macht zum Ausbau der Republik im sozialen Sinne gebrauchen wollen. Das schaffende Volk hat nur an der organischen Entwicklung der Republik zu einer sozialen Demokratie ein Interesse.